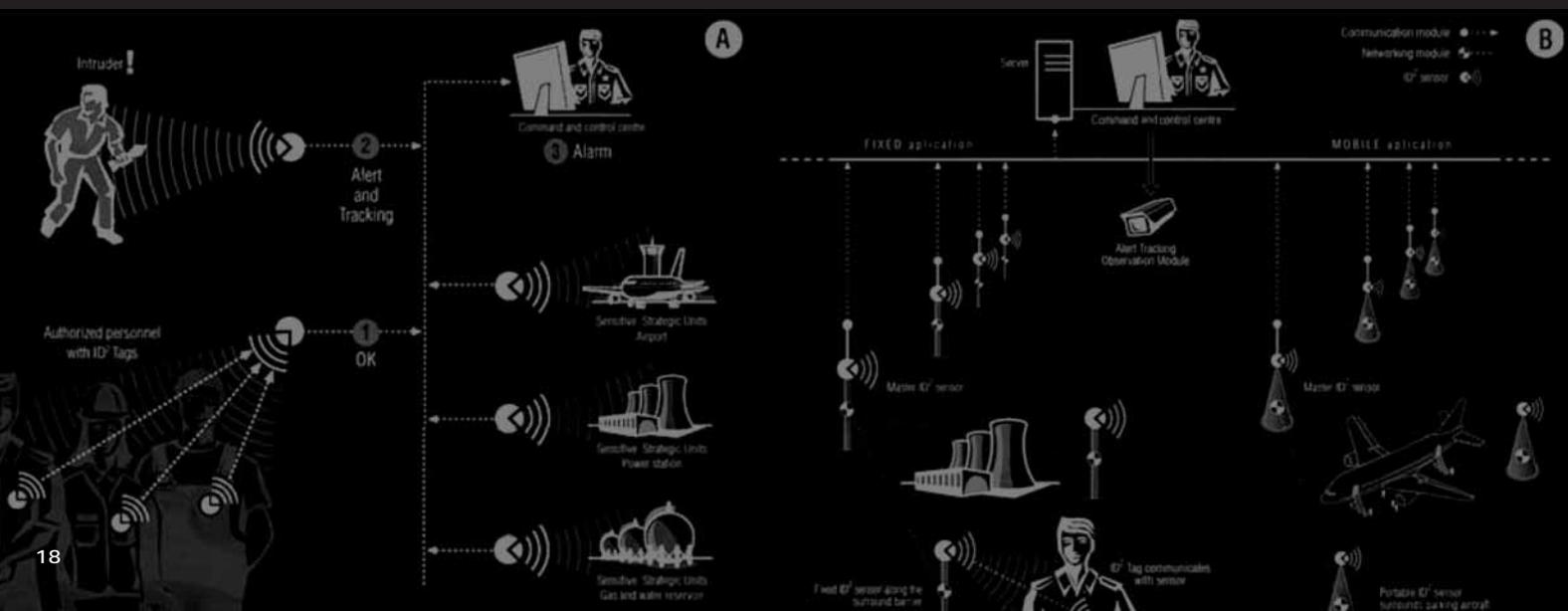




Star Wars

Vor knapp vier Jahren kündigte die Kommission der Europäischen Union an, man wolle ein gemeinsames europäisches Grenzüberwachungssystem entwickeln. Dieses *European Border Surveillance System* (EURO-SUR) hat den Zweck, den Mitgliedsstaaten eine „vollständige situative Kenntnis ihrer Außengrenzen“ zu verschaffen. Von Matthias Becker



Es ist bemerkenswert, dass dieses umfassende Grenzüberwachungssystem bereits zuvor und in einem ganz anderen Politikfeld auf den Weg gebracht wurde – nämlich als Teil der europäischen Forschungsförderung. Seit 2007 unterstützt die EU finanziell Projekte, in denen neue Techniken für die Grenzkontrolle entwickelt werden. Das Forschungsprogramm heißt „Sicherheitsforschung“, die Programmlinie „Intelligente Überwachung und Grenzsicherheit“. In diesem Rahmen arbeiten Behörden, Rüstungs- und Informationstechnikkonzerne mit staatlichen Forschungsinstituten zusammen und entwickeln Hightech für die Kontrolle der Schengen-Grenzen.

Software berechnet „Migrationsbewegungen“

Viele dieser Projekte klingen nach Science-Fiction, sind aber ernst gemeint. Da gibt es unbemannte Landroboter, die demnächst in Grenzgebieten patrouillieren könnten. Schwimmende „Überwachungsplattformen“ für den Einsatz auf hoher See, die sich untereinander vernetzen. Software-Systeme, die quasi alle verfügbaren Daten auswerten, um vorherzusagen, wo demnächst Einwanderer eintreffen werden.

Mit Wissenschaft im gängigen Sinn hat die sogenannte Sicherheitsforschung nicht viel zu tun. Beispielsweise versucht kein einziges der geförderten Projekte zu definieren, was „Sicherheit“ eigentlich bedeuten soll und wie sie also herzustellen wäre. Stattdessen handelt es sich um „Forschung und Entwicklung“, wie sie ohnehin in den entsprechenden Abteilungen der Rüstungsindustrie stattfindet. Es geht um die Beschaffung von technischen Anlagen für Polizei, Militär und Grenzschutz und darum, organisatorische Standards festzulegen, damit sie reibungslos über Landesgrenzen hinweg miteinander kooperieren können.

Der Aufbau von EUROSUR soll nach dem Willen der EU-Kommission in drei Etappen vor sich gehen. In einer ersten Phase sollen die nationalen Systeme zur Grenzüberwachung zusammenfließen. Dann will die EU in einer zweiten Phase gemeinsame Mittel und Technik anschaffen. In einem Arbeitspapier von Januar 2011 verweist die Kommission ausdrücklich auf die Forschungsprojekte aus der Sicherheitsforschung, die dabei berücksichtigt werden sollten. In der letzten Phase sollen die beteiligten Organe mit einem gemeinsamen IT-System über die Meeresgrenzen Informationen teilen. Mit EUROSUR will die EU zunächst das Mittelmeer, den südlichen Atlantik und das Schwarze Meer überwachen, bei Erfolg könnte das System aber ausgeweitet werden, um dann alle maritimen Schengen-Grenzen abzudecken. Um die „vollständige situative Kenntnis der Außen-

grenzen“ zu erreichen, werden die diversen Datensammlungen aus den Mitgliedsstaaten in einem „System der Systeme“ zusammenfließen. In einer Machbarkeitsstudie hat die Firma ESG unter Beteiligung von EADS, Selex und Thales sowie der Universität der Bundeswehr dafür technische und organisatorische Standards festgelegt. Für EUROSUR verarbeiten die Behörden unter anderem Daten aus der Satellitenaufklärung, von Überwachungssensoren im Grenzgebiet, Drohnen und Radargeräten. Entscheidend ist außerdem der Austausch zwischen den nationalen Behörden über neue Methoden, mit denen Migrierende ohne entsprechende Papiere versuchen, nach Europa hinein zu kommen.

Wenig bekannt ist der letzte Baustein des EUROSUR-Lagebilds, das sogenannte *Common Pre-frontier Intelligence Picture* (CPIP). Die europäische Grenzschutzbehörde Frontex soll dieses europaweite Informationssystem betreuen. Seine Aufgabe ist es unter anderem, durch eine teil-automatisierte Trendanalyse „Migrationsbewegungen“ zu entdecken oder vorherzusagen, *bevor* sie an einer Schengen-Grenze ankommen, um entsprechende Ressourcen zur Abwehr bereitzustellen. Zu diesem Zweck verarbeitet das System Informationen über die Ströme außerhalb Europas – eben vor der Grenze. CPIP enthält neben Satellitenaufnahmen und Informationen der Nachrichtendienste auch sogenannte *Open Source Intelligence* (OSINT). Das sind Daten, die über das Internet (mehr oder weniger) frei zugänglich sind: Pressemeldungen, Werbeanzeigen, Einträge in Blogs, Diskussionsforen und möglicherweise auch in Sozialen Netzwerken wie Facebook.

Selbstbedienungsladen der Rüstungsindustrie oder bewusste Aufrüstung?

Von den Geldern für die „Sicherheitsforschung“ profitieren in erster Linie große Rüstungsfirmen und Informationstechnikkonzerne der großen EU-Mitgliedstaaten: etwa EADS, BAE, Atos Origin, Alcatel, Thales oder Finmeccanica. Weil die EU bis zu drei Viertel der Entwicklungskosten übernimmt – mit der Begründung, dass der Absatzmarkt für diese Produkte nicht gesichert sei – können diese Privatunternehmen mit Steuergeldern Grundlagenforschung betreiben, ohne die Produkte unmittelbar verwerten zu müssen. Möglicherweise kommt dabei etwas heraus, was sich auf dem Weltmarkt für Sicherheitstechnik vermarkten lässt.

Entscheidend ist der Austausch zwischen den nationalen Behörden über neue Methoden mit denen Migrierende versuchen, nach Europa hineinzukommen.





Utopien technischer Machbarkeit

Gemeinsam ist den Vertreterinnen und Vertretern der Industrie und den Verantwortlichen in den Behörden, soweit es in den Forschungsprojekten sichtbar wird, eine technokratische Auffassung von Grenzkontrolle. Sie setzen auf Hightech – auf Kameras mit noch besserer Auflösung, auf noch bessere Sensoren, noch komplexere Algorithmen und noch schnellere Computer. Etwa Hälfte der Fördermittel wurde bisher für Anlagen zur Detektion und Überwachung ausgegeben. Der Trend geht dabei zu mobilen Überwachungsanlagen, sogenannten Drohnen. Fast alle Neuentwicklungen nutzen avancierte Sensor- und Computertechnik. Mit ihr sollen Überwachungsaufgaben automatisiert und effektiver gemacht werden. Aus der Perspektive der Behörden und der Unternehmen, die ihnen die Ausrüstung für ihre Aufgaben liefern, ist die Grenzkontrolle ein taktisches, technisch zu lösendes Problem: Wer heimlich über die Grenze will, soll entdeckt und festgesetzt werden. In ihren Szenarien spielen die Beweggründe und Ressourcen der Menschen, die die Grenzen übertreten, keine Rolle. Ebenso wenig die Korruption europäischer und außereuropäischer Behörden – oder auch die simple Tatsache, dass jede noch so avancierte Überwachungstechnik überlistet werden kann.<

Mit Aktentasche und Strickpulli
*So stellt die EU ihre-
 Technik zur
 Menschenabwehr
 auf youtube vor:
<http://www.youtube.com/v/jpxZ24Daxlk>*

Die Ausrichtung der Forschung dient offensichtlich den Interessen des „sicherheitsindustriellen Komplexes“ (Ben Hayes). Die Industrie hat in weiten Teilen selbst definiert, in welchen „sicherheitsrelevanten Bereichen“ sie „Forschungsbedarf“ sieht. „Sicherheitsrelevant“ sind – Überraschung! – genau die Technikfelder, in denen sie ohnehin tätig ist. Aber auch die staatlichen Behörden, die irgendwie mit dem Schutz der Grenzen befasst sind, waren an der Konzeption beteiligt.

Aus der Perspektive der Behörden und der Unternehmen ist die Grenzkontrolle ein taktisches, technisch zu lösendes Problem.

2007 erhielt das Europäische Forum für Sicherheitsforschung und -innovation (ESRIF) von der EU-Kommission den Auftrag, eine umfassende Sicherheitsforschungsstrategie für die Zeit bis 2030 zu entwickeln. Dieses Forum setzte sich zu gleichen

Teilen aus Vertretern der Industrie und staatlicher Behörden zusammen. Leiter der „Arbeitsgruppe Grenzsicherheit“ im ESRIF war Erik Berglund, der damalige Chef der Forschungsabteilung von Frontex, heute deren „Director for Capacity Building“.

Matthias Becker
*lebt in Berlin und
 arbeitet als freier
 Journalist für diverse
 Zeitungen und
 Radiosender. 2010
 erschien im Heise-
 Verlag sein Buch
 „Datenschatten. Auf
 dem Weg in die
 Überwachungsgesellschaft?“*

„Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz des Grenzmanagements. Dazu müssen wir verstehen, welche Grenzaktivitäten es innerhalb und außerhalb Europas gibt“, heißt es im 2009 veröffentlichten Abschlussbericht dieser Arbeitsgruppe. Als zukünftige Prioritäten nennt der Bericht unter anderem „eine effiziente und effektive Kontrolle der Personen- und Warenströme an den Grenzübergängen“ und „die Überwachung der Grenzregionen“. Biometrie und Sensortechnik sollen vermehrt zum Einsatz kommen, um „Anomalien in großen regulären Strömen“ zu entdecken.